



LV Rheinland-Pfalz

Gemeinnützige
Gesellschaft
Gesamtschule e.V.
- Gesamtschulverband

GGG LV RP * Siebenbürger Ring 4 * 55291 Saulheim
SPD- Landtagsfraktion

Für den Vorstand:
Franz-Josef Bronder
Siebenbürger Ring 4
Tel: 0 67 32-96 04 02
Fax: 0 67 32-6 46 82
e-mail: ggg-rp@gmx.de
55291 Saulheim

Anhörung Schulstruktur Rheinland-Pfalz (29.11.2007)

(Anrede)

Als Vertreter der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule e.V., Gesamtschulverband bedanke ich mich im Namen des Landesverbandes Rheinland-Pfalz für die Einladung zu dieser Anhörung.

Zu den von der Landesregierung und der sie tragenden Fraktion der SPD vorgelegten Konzepten bezüglich der Veränderungen in der Schulstruktur des Landes Rheinland-Pfalz nehmen wir gerne Stellung:

Die bildungspolitische Diskussion in Deutschland und damit auch in Rheinland-Pfalz ist deutlich geprägt von Kritiken an dem vorhandenen mehrgliedrigen Schulsystem. Facharbeiter- und Akademikermangel sind zentrale Themen dieser Diskussion. Darüber hinaus schließt sich die Frage an, wie in den Bildungssystemen Chancengerechtigkeit und Solidarität hergestellt und erreicht werden kann.

Unser Verband begrüßt, dass die sozialdemokratische Partei und die von ihr getragene Landesregierung in Rheinland-Pfalz sich dieser längst fälligen Diskussion stellt und Handlungsperspektiven entwickelt.

Wir begrüßen Initiativen, die ein längeres gemeinsames Lernen - auch über die Grundschulzeit hinaus – unterstützen. Auch Initiativen, die Fördermöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler mit Problemen schaffen, werden von uns begrüßt. Wir bejahen Ansätze mit dem Ziel „Keiner wird zurückgelassen“ und Verringerung der Quote „Schüler ohne Abschluss“.

Dennoch haben wir erhebliche Zweifel, ob der vorgeschlagene Weg der „Zweigliedrigkeit plus“ mit dem Element „Realschule plus“ der richtungsweisende und zeitgemäße Weg sein kann. Als Gesamtschulverband sind wir davon überzeugt, dass ein bildungspolitischer Neuanfang zur nachhaltigen Verbesserung der Bildungsangebote ein stärkeres Gewicht integrativer Schulsysteme erfordert. Internationale Studien und die aktuelle Diskussion in Deutschland untermauern unsere Überzeugung. Integrierte Gesamtschulen – in der Konsequenz – eröffnen allen Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, den ihren Möglichkeiten

entsprechenden Schulabschluss an der „Einen Schule für Alle“ zu erreichen. Dieses Angebot kann wohnortnah realisiert werden und erübrigt in der Summe lange Wege der Schülerbeförderung. Zum Konzept der Gesamtschulen gehört der Anspruch auf individuelle Förderung jedes/jeder aufgenommenen Schülers/Schülerin. Erprobte Formen der Binnendifferenzierung, ein abgestimmtes Wahlpflichtangebot ab der Jahrgangsstufe 7 sowie die Möglichkeiten der äußeren Fachleistungsdifferenzierung sind richtungsweisende Elemente einer individuellen Förderung und gezielter Forderung. Es wäre daher konsequent, Integrierte Gesamtschulen flächendeckend als Schulform im Flächenstaat Rheinland-Pfalz anzubieten.

„Realschule plus“ in der vorgeschlagenen Version als additives System wirkt letztendlich nur als Auffangbecken für Schülerinnen und Schüler, die in anderen Schulsystemen wie beispielsweise dem Gymnasium nicht erfolgreich sind. Dies widerspricht eindeutig dem Ansatz, wir lassen keinen Schüler zurück. Auch die hervorgehobenen Optionen der gemeinsamen Orientierungsstufe, des Angebotes der Fachhochschulreife und der reduzierten Klassenmessenzahl in den Jahrgangsstufen 5 und 6 sind keine ausreichende Begründung für die Installation dieser „neuen“ Schulform. Die durch diese Maßnahmen erwarteten Effekte ließen sich bei der Implementierung an einer Gesamtschule in gleichem Maße erreichen. Auch die Anbindung einer Fachoberschule an ausgewählten Standorten erfordert nicht die Schulform „Realschule plus“. Der schulische Teil der Fachhochschulreife kann auch jetzt schon in der MSS und damit auch an Gesamtschulen mit Oberstufe erreicht werden.

Bei der anstehenden Schulstrukturreform in Rheinland-Pfalz müssen aus Sicht unseres Verbandes auch die Errichtungsbedingungen für Gesamtschulen geändert werden. Seit Jahren hohe Ablehnungsquoten an den bestehenden Schulen und die Tatsache, dass an vielen Orten und in vielen Mittelstädten dieses Angebot nicht zur Verfügung steht, erfordern hier eine Reform. Insbesondere die Bestandsgarantie für das gegliederte Schulsystem hemmt Initiativen zahlreicher Schulträger, Gesamtschulen in ihrem Verantwortungsbereich einzurichten. In diesem Zusammenhang sollte auch die Frage der Schulträgerschaft überdacht werden. Nach den augenblicklich geltenden Bestimmungen sind unterschiedliche Träger für Regional- und Gesamtschulen zuständig. Es entsteht dadurch eine Konkurrenzsituation, die Entscheidungen für Gesamtschulen häufig blockieren.

Aus Sicht unseres Verbandes wäre auch zu klären, welche Verfahrensweisen vorgesehen sind, wenn sich an einem IGS-Standort mehr Schülerinnen und Schüler anmelden als Plätze vorhanden sind? Wird dann die Zügigkeit der Gesamtschule verändert oder wird es im Einzugsbereich dieser Schule eine weitere Gesamtschule geben und wenn ja, in welchem zeitlichen Raster?

Zum Schluss möchten wir anregen, dass Rheinland-Pfalz - wie zahlreiche andere Bundesländer - ein 10. Schuljahr für alle Schülerinnen und Schüler einführen sollte. Dies würde auch die Bestrebungen "keiner wird zurückgelassen" unterstützen.

Im Namen unseres Verbandes bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit.